

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.
37. Jahrgang.

N^o. 80.

Donnerstag, den 10. Juli

1890.

Während der Beurlaubung des Herrn Bezirksarztes Dr. Kalkoff hier vom 11. Juli bis 11. August d. J. ist die Vertretung desselben dem Herrn Bezirksarzte Dr. Schröder in Auerbach übertragen worden.
Schwarzenberg, am 7. Juli 1890.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Frhr. v. Wirting.

Fr.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Erbschaftshalber sollen die zum Nachlasse des Fürstendörfers Christian Gottlieb Schlegel in Neuheide gehörigen Grundstücke, als:

a. das Haus

Nr. 25 des Brand-Kat. (5130 M. Brandklasse) mit Feld und Wiese Nr. 28 und 120 des Flurbuchs, Fol. 24 des Grundbuchs für Neuheide P. G. A., 194 □ R. umfassend, belegt mit 46,00 Steuereinheiten, und

b. das Feld

Nr. 82 des Flurbuchs, Fol. 40 des Grundbuchs für Neuheide L. G. A., 1 Ak. 91 □ R. umfassend, belegt mit 7,10 Steuereinheiten, durch das unterzeichnete Amtsgericht

Sonnabend, den 26. Juli 1890,

Nachmittags 3 Uhr

an Ort und Stelle versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen sind aus den im Gasthose zu Neuheide und im Gasthose zum „Deutschen Haus“ in Schönheide aushängenden Anschlägen zu ersehen.

Eibenstock, den 5. Juli 1890.

Königliches Amtsgericht.

Rauhsch.

Fischer.

Erledigt

hat sich der gegen den Handarbeiter Carl Hermann Seidel in Hunds-

hübel unter dem 21. Juni 1890 dießseits erlassene Steckbrief durch Aufgreifung zc. Seidels.

Eibenstock, den 8. Juli 1890.

Königliches Amtsgericht.

Rauhsch.

Grubbe, G. S.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Stadtrathe ist die Heberrolle der für das Jahr 1889 zur Erhebung kommenden Beiträge zur land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen eingegangen; dieselbe liegt vierzehn Tage lang für die Beteiligten zur Einsichtnahme in unserer Rathsregistratur aus. Einsprüche gegen die Höhe der Beiträge, sowie gegen Veranlagung der Betriebe in dem gleichfalls hier ausliegenden Unternehmerverzeichnis sind binnen 4 Wochen direkt an die Geschäftsstelle der Genossenschaft (Dresden, Reibbahnstraße 20) zu richten.

Nach Beschluß der Genossenschaftsversammlung vom 19. Mai 1890 ist für das Jahr 1889 von jeder beitragspflichtigen Steuereinheit ein Beitrag von einem halben Pfennig einzubringen und wir fordern daher hiermit die Beitragspflichtigen auf, die auf sie entfallenden Beiträge bis längstens

den 28. Juli 1890

bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung und ungeachtet etwaiger erhobener Einsprüche anher zu entrichten.

Eibenstock, am 7. Juli 1890.

Der Stadtrath.

Rösch, Bürgermeister.

Wünsch.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Stadtrath ist eine mit 950 M. jährlichen Gehalt ausgestattete Hilfslehrerstelle sofort zu besetzen.

Bewerber werden aufgefordert, Gesuche nebst Zeugnissen baldigst hier einzureichen.

Eibenstock, den 1. Juli 1890.

Der Stadtrath.

Rösch, Bürgermeister.

Wünsch.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zur Kaiserreise in Norwegen wird aus Christiansand gemeldet, daß die deutsche Flotte am Sonntag Nachmittag mit dem Kaiser in Christiansand nach regnerischer und ziemlich windiger Ueberfahrt angelangt ist. — Ende Juli wird der Kaiser nach Wilhelmshaven zurückkehren und von dort nach England weiter reisen. Von dort aus wird der Kaiser der „Kreuztg.“ zufolge auf fünf bis sechs Tage nach Berlin zurückkehren und dann die Reise nach Rußland antreten.

— Berlin hat am Sonntag, dem Tage der Eröffnung des X. deutschen Bundeschießens, seine Würde als Hauptstadt des Reiches trefflich gewahrt. Das Bewußtsein, viele Tausende deutscher und fremdländischer Schützengäste, darunter solche aus weiter Ferne, bis von den Gestaden des Stillen Ozeans herübergekommene Festheilnehmer, in den Mauern der Reichshauptstadt zu beherbergen, übertrug auf jeden einzelnen den Wunsch und das redliche Bemühen, nach Kräften dazu beizutragen, daß die Fremden einen möglichst günstigen, dauernden Eindruck von ihrem Berliner Aufenthalt mit nach Hause nehmen, und so gestaltete sich der Empfang des Festzuges seitens der Bevölkerung zu einer wirklich imposanten Kundgebung, welche die landläufige Vorstellung von der Kühle und Zugelüpftheit des Norddeutschen als ein Märchen erscheinen ließ. Die herrliche, ja stürmische Begrüßung der Schützen namentlich der Vertreter der verbündeten Länder, Italiens u. Oesterreich-Ungarns, auf dem ganzen Wege, den der Zug nahm, zeigte, daß den Zuschauermassen neben der heiteren Festtagsstimmung auch ein ernsterer Trieb nicht mangelte, und gereicht dem politischen Verständnis der Berliner nur zur Ehre. Ein eigentlich politischer Charakter liegt ja dem Stellbuchein der deutschen und Auslandsschützen, welche die Feier des X. deutschen Bundeschießens nach Berlin geführt hat, völlig fern. Dennoch wird Niemand, der offene Augen hat für das, was um ihn her vorgeht, leugnen wollen und können, daß in der zahlreichen Theil-

ung, die ein spezifisch deutsch-nationales Fest seitens des Auslandes gefunden hat, auch ein gewisses politisches Moment enthalten ist, und zwar ein solches, welches alle ehrlichen Friedensfreunde mit hoher Genugthuung zu erfüllen geeignet ist.

— Aus Berlin meldet man den „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Aus zumeist sehr wohl unterrichteter Quelle kommt das, anderwärts allerdings widerlegte Gerücht, daß auch Herr v. Goshler nicht mehr lange im Amte verbleiben werde. Die Ansichten des Kaisers und des Unterrichtsministers über Unterrichtsreformen gehen soweit auseinander, daß der Kaiser geneigt sein soll, einem ihm seit langen Jahren nahestehenden viel genannten Manne, von dem man bisher annahm, daß er nicht direkt in Thätigkeit treten wolle, das Kultusministerium zu übertragen.“ (Geh. Rath Pinzper?) — Die „Köln. Ztg.“ bezeichnet die Nachricht, daß die Stellung des Kultusministers v. Goshler erschüttert sei, für falsch. Herr v. Goshler stehe beim Kaiser in hohem Ansehen. Die Einleitung einer Enquête über das höhere Schulwesen gelte als ein neuer Beweis des kaiserlichen Vertrauens zu dem Minister.

— Der „Hamb. Korr.“ erklärt auf das entschiedenste die Nachricht der „Freis. Ztg.“, daß der Kaiser auf der Reise nach Kiel auf der Station Schwarzenbeck eine Zusammenkunft mit dem Fürsten Bismarck gehabt habe, für unrichtig mit dem Hinzufügen, der Friedrichsruher Korrespondent des „Hamb. Korr.“ sei auf dem Bahnhofe gewesen, Fürst Bismarck aber nicht.

— Wir haben jüngst, so schreiben die „Berl. N. Nachr.“, gelegentlich des Auftretens des Abgeordneten Bebel in einer Berliner Volksversammlung, darauf hingewiesen, daß sich in den Auffassungen dieses begabtesten der deutschen Arbeiterführer eine Art von Rückbildung nach der nüchternen besonnenen Seite hin geltend macht. Das hier erscheinende sozialdemokratische Organ enthält dieser Tage eine Betrachtung unter der Aufschrift „Gewehr bei Fuß“, die allem Anschein nach von Herrn Bebel herrührt und in entschiedener Weise — ganz wie es in jener Ver-

sammlung geschehen — sich gegen „Arbeitseinstellungen zum Zwecke besserer Lohnbedingungen“ kehrt. Nur solche Streiks, so führt der Artikel aus, seien berechtigt, welche einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter abzuwehren bestimmt seien. Dazu zwingt die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Die ökonomischen Verhältnisse lägen augenblicklich in den meisten Gewerben einer Lohnaufbesserung für die Arbeiter nicht mehr günstig. Die Zeit des Aufschwunges der Industrie scheine ihren Höhepunkt überschritten zu haben, die rückläufige Bewegung fange an, sich bemerklich zu machen. Die Unternehmerverbände zur Erzielung höherer Preise könnten vielfach ihre vereinbarten Preise nicht mehr durchhalten, sondern müßten sie heruntersetzen. Der Markt sei nicht mehr willig, die ihm gebotene Waare ganz aufzunehmen. Ja, man spreche in sehr kundigen Geschäftskreisen schon offen von dem Herannahen einer „Krisis“, eines „Kraches“. Deshalb sei jetzt nicht die Zeit, an wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu denken. Die günstige Zeit sei vorübergegangen und von Vielen verpaßt worden! Die sozialdemokratischen Parteileiter trügen keine Schuld! Sie hätten mit Schrift und Wort, so lange die Geschäftslage eine günstige war, zur Organisation gerufen und zum Vorgehen ermutigt. Nur langsam und träge sei man damals dem Rufe gefolgt. Jetzt sei es zu spät.“

— England. Am 5. d. hat ein Theil der Londoner Polizeimannschaft den Gehorsam verweigert, wenn ihr nicht die verlangte Solddaufbesserung gewährt werde. 50 Polizisten sind sofort entlassen worden. Die übrigen drohen zu streiken. — Montag früh sollten, wie das „Bureau Reuter“ meldet, die Tornister des zweiten Bataillons vom Garde-Grenadier-Regiment in der Wellingtonkaserne untersucht werden. Die Soldaten ließen aber das Signal zum Antritt auf dem Kasernenhof unbeachtet und schlossen sich in ihren Stuben ein. Die Offiziere beriethen und . . . nahmen alsdann von der Tornister-Untersuchung Abstand. Der Oberst hielt später den Truppen eine Strafpredigt, die mit Pfeifen und Jolen beantwortet wurde. Nun soll das Regiment